

Zerschlagung und Duldung der politischen Opposition in Neustadt während der NS-Diktatur – das Beispiel der Arbeiterbewegung

I. Einleitung

Die neuere Forschung zur ‚Volksgemeinschaft‘¹ hat die Rolle der Arbeiter bisher nur am Rande gestreift. Frank Bajohr urteilte mit Blick auf sie im gesamten Reich: „Die ‚Volksgemeinschaft‘ mobilisierte selbst in Kreisen der Arbeiterschaft Gefühle eines kollektiven nationalen Aufbruchs und der Überwindung von Milieuschranken [...] – In künftigen Studien zur NS-Gesellschaft bliebe daher kritisch zu prüfen, wie und in welchem Umfang die ‚Volksgemeinschaft‘ als Passepartout jenes Attraktivitätssogs fungierte, der zeitweise vom Nationalsozialismus ausging“.² Die Frage nach dem Ausmaß der Integration der Arbeiterschaft in die ‚Volksgemeinschaft‘ ist also noch nicht ausreichend erforscht. Hans-Werner Niemann kommt zu dem vorläufigen Fazit, dass die Ansätze zur Steigerung des Lebensstandards vor allem den Arbeitern zu Gute kommen sollten, jedoch in der Realität größtenteils nicht verwirklicht wurden: „Viele Konsumversprechen, wie der Volkswagen oder der Auslandsurlaub blieben für die Arbeiterschaft bloße Verheißung“.³ Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) kann nach Gunther Mai nur als ein „breitenwirksames, aber gleichwohl ungeliebtes Integrationsinstrument jenseits von Einschüchterung und Terror“ angesehen werden. Die Propaganda (vermeintlicher) sozialer Verbesserungen erzeugte in der Arbeiterschaft „zumindest partiellen Konsens und Loyalität“.⁴

¹ Zum Begriff der ‚Volksgemeinschaft‘ vgl. den Beitrag von Markus Raasch in diesem Sammelband.

² Frank Bajohr, Walter Ulbricht und Herbert Wehner, oder: „Arbeiterklasse“ und „Volksgemeinschaft“. Rückblick und Ausblick, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, in: Habbo Knoch et al. (Hrsg.), Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung Bd. 1 Paderborn/München/Wien/Zürich 2012, 367-372, hier 372.

³ Hans-Werner Niemann, ‚Volksgemeinschaft‘ als Konsumgemeinschaft? (wie Anm. 2), 87-109, hier 108.

⁴ Gunther Mai: „Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?“ Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: GG 12, 1986, 212-234, hier 234. Mit Blick auf den Sozialcharakter des NS-Regimes muss jedoch festgehalten werden, dass die Klassengesellschaft lediglich ideologisch und partiell zeitweise sozialpaternalistisch überformt wurde, aber ihr Grundcharakter derselbe blieb. Vgl. Michael Schneider, In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939-1945. Bonn 2014, 890-893.

Festzuhalten ist hingegen, dass die Arbeiterbewegung⁵ nicht nur zerschlagen, sondern auch „politisch-ideologisch durchdrungen und ihres sozialistischen Charakters beraubt werden [musste]“.⁶ Offen bleibt das Ausmaß des von Gunter Mai beschriebenen partiellen Konsenses und jenem Verhalten, dass Detlef Schmiechen-Ackermann als „Bereitschaft zu einer oberflächlichen, weil eben erzwungenen Loyalität zum Regime“ beschrieb.⁷ Dieses Verhalten, aber auch versuchte Formen des Widerstandes lassen sich vor allem für die vor 1933 politisch links organisierten Vertreter der Arbeiterbewegung feststellen.⁸ In der breiten Masse der größtenteils vor 1933 unorganisierten Arbeiterschaft ließen sich demgegenüber „weite Kreise der Arbeiterschaft“ zu „Loyalität oder auch Hinnahmefähigkeit“ durch „wirtschafts- und sozialpolitische [...], vor allem aber außenpolitische Erfolgsmeldungen und eben [dem] Hitler-Mythos“ hinreißen.⁹ Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Situation der politisch organisierten Neustadter Arbeiterbewegung vor und nach der ‚Machtübergabe‘ an die Nationalsozialisten. Untersucht wird die Frage, ob und in welchem Umfang Sozialdemokraten und Kommunisten das Angebot der NSDAP zur Teilhabe an der ‚Volksgemeinschaft‘

⁵ Die hier zugrunde liegende Definition von politischer Arbeiterbewegung umfasst im engen Sinne die beiden großen Arbeiterparteien vor 1933 sowie ihre kleinen Konkurrenten und somit auch deren Widerstand ab 1933. Allerdings war die Arbeiterbewegung getragen von einem noch sehr viel umfangreicheren Arbeitermilieu. Dieses beinhaltete neben den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auch Bildungs-, Wohlfahrts-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Neben der Klassenlage und Positionierung in der Gesamtgesellschaft bildete sich für die Arbeiterschaft durch jene Einrichtungen und Traditionen eine „Einheit des proletarischen Lebenszusammenhangs“ heraus. *Oskar Negt/Alexander Kluge*, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt am Main 1972, 24. Dieser Erfahrungshorizont konstituierte „das für die Arbeiter gemeinsame, sie von anderen Teilen der Gesellschaft unterscheidende Spezifikum“ *Dieter Kramer*, Theorien zur historischen Arbeiterkultur. Marburg 1987, 148.

⁶ *Rüdiger Hachtmann*, ‚Volksgemeinschaftliche Dienstleister?‘ Anmerkungen zu Selbstverständnis und Funktion der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, in: *Detlef Schmiechen-Ackermann* (Hrsg.), ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, in: Habbo Knoch et al. (Hrsg.), Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung Bd. 1 Paderborn/München/Wien/Zürich 2012, 111-131, hier 118.

⁷ *Detlef Schmiechen-Ackermann*, Nationalsozialismus und Arbeitermilieu. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen. Bonn 1998, 631.

⁸ Im Rahmen der in Konjunktur stehenden Volksgemeinschaftsforschung muss laut Michael Schneider beachtet werden, dass „jede nicht ausdrücklich regimekritische Verhaltensweise zum Ausdruck von Zustimmung und Regimeunterstützung“ gewertet wird. *Schneider*, In der Kriegsgesellschaft (wie Anm. 4), 887. Dies würde auch eine Unterschätzung des Nationalsozialismus als Terrorregime bedeuten. Vgl. ebd., 889. War der Widerstand der Arbeiterparteien gegen den Nationalsozialismus bereits frühzeitig in der Forschung thematisiert und dessen herausragende Bedeutung im Vergleich zur Gesamtgesellschaft unterstrichen worden, so ist in der jüngsten Forschung der gewerkschaftliche Arbeiterwiderstand in den Fokus gerückt. Die Forschungen von Siegfried Mielke und Stefan Heinz konnten aufzeigen, dass der Widerstand ehemaliger Gewerkschafter in und außerhalb der Betriebe größer war als bisher bekannt gewesen ist. Sabotageakte, politische Aufklärung und Aufrechterhaltung der Auslandskontakte waren zentrale Elemente dieser Widerstandsform. Vgl. „Arbeiterwiderstand hatte die größten Verluste zu beklagen“. Interview mit Stefan Heinz über Gewerkschaftswiderstand im Nationalsozialismus, abgerufen auf: https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/gewerkschaften_widerstand (Zugriff 21.12.2019).

⁹ *Michael Schneider*, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn 1999, 481.

annahmen, sich der Diktatur innerlich verweigerten oder offen Widerstand¹⁰ durch nächtliche Flugblattverteilungen oder die Herausgabe von illegalen Zeitschriften u. ä. praktizierten. Die lokale Fallstudie wird sich exemplarisch mit jener Gruppierung beschäftigen, die auf Reichsebene „die einzige große Widerstandsbewegung der ersten Stunde des Dritten Reiches [war]“.¹¹ Neben der einschlägigen Literatur¹² wurden insbesondere die in Neustadt verbreiteten Printmedien herangezogen: Zu nennen sind hier die sozialdemokratische „Pfälzische Post“, die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“, die katholische „Neue Pfälzische Landes-Zeitung“ sowie die nationalsozialistische „NSZ-Rheinfront“.

Ferner stützt sich dieser Beitrag auf die im Stadtarchiv Ludwigshafen befindliche Sammlung von Hermann W. Morweiser („Antifa-Archiv Ludwigshafen“) zum Arbeiterwiderstand sowie korrespondierend dazu staatliches Schriftgut, z. B. aus dem Hauptstaatsarchiv in München. Darüber hinaus verfügt der Autor aufgrund seines eigenen Forschungsschwerpunktes über ein umfangreiches Privatarchiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Pfalz, das als Depositum (Y 4) im Stadtarchiv Ludwigshafen zugänglich ist. Quellenkritisch ist anzumerken, dass dieser Beitrag sich auf den überlieferten Quellenbestand beschränken muss, der nur begrenzt Zeitzeugenmaterial aufweist. Dies hat zur Folge, dass der Fokus auf den ‚bekannten Funktionären‘ der Arbeiterorganisationen liegt.

II. Die Neustadter Arbeiterbewegung und die Frage der Anpassung

1. Die Situation vor 1933

¹⁰ Vgl. *Klaus J. Becker*, Anpassung, innere Verweigerung, offener Widerstand, Repression. Der kommunistische Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur und dessen Zerschlagung in der Pfalz anhand neu zugänglicher Archivalien, in: *Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz*. Bd. 108. Speyer 2010, 313-333.

¹¹ *Wolfgang Abendroth*, Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich, in: *Joachim Perels* (Hrsg.), *Wolfgang Abendroth. Die Aktualität der Arbeiterbewegung. Beiträge zu ihrer Theorie und Geschichte*. Westberlin 1985, 123.

¹² *Klaus J. Becker/Philippe Haller*, Wandler zwischen den Welten. Verfolgt vom Nationalsozialismus/verfemt vom Stalinismus – zur Biographie des Neustadter Beigeordneten Ludwig Manderschied, in: *Klaus Frédéric Johannes* (Hrsg.), *Mobilitas. Festschrift zum 70. Geburtstag Werner Schreiners*. Neustadt an der Weinstraße 2017, 131-145 und vgl. *Gerhard Wunder*, Die Sozialdemokratie in Neustadt an der Weinstraße seit 1832. Neustadt an der Weinstraße 1985. Einen Überblick zur Geschichte der Arbeiterbewegung vor und während der NS-Diktatur vgl. *Klaus J. Becker*. Die pfälzischen Arbeiterparteien in den Jahren 1930-1933, in: *Gerhard Nestler/Stefan Schaupp/Hannes Ziegler* (Hrsg.): *Vom Scheitern der Demokratie. Die Pfalz am Ende der Weimarer Republik*, Karlsruhe 2010, 229-261 und vgl. *Klaus J. Becker*, Zwischen Widerstand und Anpassung. Das pfälzische Arbeitermilieu während der NS-Zeit, in: *Gerhard Nestler/Roland Paul/Hannes Ziegler* (Hrsg.): *Braune Jahre in der Pfalz. Neue Beiträge zur Geschichte einer deutschen Region in der NS-Zeit*. Kaiserslautern 2016, 231-250.

Bei der Stadtratswahl am 8. Dezember 1929 waren von 30 Mandaten sechs an die SPD, fünf an Zentrum/ BVP, dreizehn an die aufgesplitterte bürgerliche Mitte¹³ und lediglich zwei an die KPD gefallen. Ihnen standen vier Nationalsozialisten gegenüber. Anders als beispielsweise in Ludwigshafen, wo es zwei konkurrierende Listen gab¹⁴, zeigte sich der politische Katholizismus in Neustadt also noch geschlossen. Ähnliches galt für die Arbeiterbewegung: Im Gegensatz zum schon radikalisierten Ludwigshafen und Speyer¹⁵ beschränkte sich die politische Interessenvertretung des Arbeitermilieus noch auf die beiden großen Flügel der Arbeiterbewegung. In den kommenden drei Jahren sollte sie sich aber wesentlich ausdifferenzieren und dadurch dem aufstrebenden Nationalsozialismus zunehmend geschwächt entgegentreten.

Symbolhaft für die Spaltung der Arbeiterbewegung in Neustadt stand die Spaltung des Arbeitersports an Pfingsten 1930 durch die Gründung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit (KG) in Konkurrenz zum mehrheitlich sozialdemokratisch orientierten Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB). Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann begründete diesen Schritt mit der angeblichen Absicht der „sozialfaschistischen Sportbürokraten, die Verbände aus der Front des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie herauszureißen und als Anhängsel der SPD in den Dienst der Bourgeoisie zu stellen“.¹⁶ Allerdings etablierte sich der „Rotsport“ tatsächlich pfalzweit nur in Neustadt. Der KPD nahestehende Mitglieder des ATSB aus Ludwigshafen, Lambrecht oder Oppau nahmen zwar danach an den Veranstaltungen der KG teil und wurden hierfür auch gelegentlich abgemahnt. Sie

¹³ Gewerbebund: 2 Sitze; Mittelstandspartei: 3 Sitze; Mieter: 1 Sitz; Bürgerblock: 3 Sitze, Deutsche Demokratische Partei (DDP): 3 Sitze, Unparteiische Liste: 1 Sitz.

¹⁴ *Stefan Mörz/ Klaus J. Becker*: Das Wort Stadtparlamentarier wird aus unserem Wortschatz gestrichen. Das Schicksal der im Jahr 1932 amtierenden Ludwigshafener Stadträte und Spitzen der Kommunalverwaltung im Nationalsozialismus, Ludwigshafen am Rhein 2016, 177-181.

¹⁵ Hier waren mit dem Leninbund in Speyer und der Linken Opposition der KPD zwei weitere linksradikale Parteien in den Stadtrat eingezogen. Vgl. *Becker*, Die pfälzischen Arbeiterparteien (wie Anm. 12), 245-250.

¹⁶ *Ernst Thälmann*, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. (Band 2.) Ostberlin 1956, 446-452. Die Sozialfaschismusthese kann als direkte Folge der ‚Stalinisierung‘ der KPD gesehen werden. Die KPD wurde im Dezember 1918 / Januar 1919 als radikale marxistische Abspaltung der SPD gegründet. Bei der ‚Stalinisierung‘ handelt es sich um die innere Wandlung der KPD von einer diskussionsfreudigen und demokratischen Partei zu einer „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der Stalinschen KPdSU. Dieses Konzept der ‚Stalinisierung‘ wurde von Hermann Weber eingeführt und prägt bis heute maßgeblich die Forschungen zum deutschen Kommunismus. Vgl. *Hermann Weber*, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. (Bd. 2.) Frankfurt am Main 1969. Fundamental in Frage gestellt wurde dieses Konzept 1996 von Klaus-Michael Mallmann, der eine sozialgeschichtliche Studie zu Kommunisten in der Weimarer Republik verfasste und die ‚Monopolstellung‘ des Stalinisierungskonzeptes in Frage stellte, vgl. *Klaus-Michael Mallmann*, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996. In der jüngsten Forschung wurde das Konzept Webers stärker sozialgeschichtlich und anhand von Biografien überprüft sowie sich auch kritisch mit Mallmanns Thesen auseinandergesetzt. Einen gelungenen Überblick zur Rezeptionsgeschichte von Webers Stalinisierungsthese liefert: *Marcel Bois*, Hermann Weber und die Stalinisierung des deutschen Kommunismus. Eine Rezeptionsgeschichte, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*. 2018, 143-162.

entschieden sich jedoch für den Verbleib in ihren traditionellen Vereinen und wurden durch diese auch nicht ausgeschlossen.¹⁷

Anders verlief die Entwicklung innerhalb der Neustadter SPD: Nach der Gründung der linksoppositionellen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP)¹⁸ wurde von Seiten des SPD-Ortsvereins massiver Austrittsdruck auf SAP-Sympathisanten in den eigenen Reihen ausgeübt,¹⁹ was zur Folge hatte, dass Neustadt zum pfälzischen Zentrum dieser sozialistischen Kleinpartei wurde. So tagte schon im November 1931 die erste Bezirkskonferenz der SAP in Neustadt. Auf dieser waren die bekannten Parteifunktionäre Ludwig Manderschied und Hans Schreiber von der SPD zur SAP gestoßen. Letzterer wurde auch zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Darüber hinaus nahm der Bezirk des Sozialistischen Jugendverbandes unter der Leitung von Eugen Christ seinen Sitz in Neustadt.²⁰ Allerdings: Auch die verstärkte Agitation in den Gewerkschaften, die Bildung einer eigenen Kampforganisation, des Sozialistischen Schutzbundes, Anfang Dezember 1931 und die Herausgabe einer eigenen Regionalzeitung, der „Badischen-Pfälzischen-Arbeiter-Tribüne“ konnten nichts daran ändern, dass die neue Partei innerhalb der Arbeiterbewegung von geringer Bedeutung blieb.²¹

Neben SPD, SAP und KPD versuchten ab 1931 auch ehemalige KPD-Mitglieder unter der Führung des Ludwigshafener Stadtrats Max Frenzel bei den wenigen Trotzlisten in Neustadt für Kurt Landaus Oppositionsgruppe gegen Trotzki („Linke Opposition der KPD“)²² zu werben. Während Frenzels Organisationsversuch bis 1933 in der Pfalz diese trotzkistische Minderheitsgruppe repräsentierte, aber zunehmend an politischem Einfluss verlor, verblieben die Anhänger Trotzki in Neustadt bis 1933 bei der gleichnamigen, aber von Trotzki „autorisierten“, Mehrheitsgruppe. Auch diese erreichte indes keinen

¹⁷ StALu, N 2, Nr. 156 (Protokollbuch für das Freie Sportkartell Edigheim 1926–1933) und StALu, PGV 23, Nr. 8 (Protokollbuch für die Freie Turnerschaft e.V. Lambrecht 1930–1933).

¹⁸ Zur Geschichte der SAP vgl. *Hanno Drechsler*, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. (Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft. Bd. 2) Meisenheim am Glan 1965. Vgl. auch *Florian Wilde*, „Den nach Hoffnung hungernden Massen den Sozialismus als einzig mögliche Rettung aus der Krise zeigen“. Die Entwicklung der SPD-Linken von der Klassenkampf-Gruppe zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), in: *Marcel Bois/Bernd Hüttner* (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken. Berlin 2010, 22–26.

¹⁹ Pfälzische Post Nr. 251 v. 28.10.1931 („Mitgliederversammlung in Neustadt“).

²⁰ Roter Pionier Nr. 1 v. 12.1931 („Adressen-Tafel“).

²¹ Zwar führte die SAP in der gesamten Pfalz gezielte Mitgliederwerbveranstaltungen durch, aber die Resonanz blieb selbst in der linken SPD Hochburg Oppau mit nur sieben Übertritten überall gering Vgl. *Becker*, Die pfälzischen Arbeiterparteien (wie Anm. 12) und vgl. *Gerhard Nestler*, Gegen Hitler-Diktatur und Krieg. Die SAP in der Pfalz von 1931–1938, in: Neue Pfälzische Post Nr. 13 v. 12.1984.

²² Zu diesem Themenkomplex auf Reichsebene vgl. *Marcel Bois*, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung. 2. Aufl. Essen 2016.

wirklichen politischen Einfluss.²³ Anarchistische Gruppen konnten in Neustadt keine Organisationszusammenhänge schaffen.²⁴

Trotz dieses also parteipolitisch ausdifferenzierten Wettbewerbes um die Arbeiterschaft war sich die Neustadter Arbeiterbewegung – vor allem auf Grund der Schwäche der hiesigen Einzelorganisationen – der gemeinsamen Bedrohung durch die NSDAP bewusst und konfliktbereit: Bei einer Kundgebung der SPD in der Halle des Turnvereins 1860²⁵ am 17. Dezember 1930 mit dem evangelischen Pfarrer Erwin Eckert²⁶ aus Mannheim kam es zu einer Saalschlacht nach der gezielten Veranstaltungssprengung seitens der NSDAP. Der Vortrag Eckerts trug den Titel „Die große Lüge des Nationalsozialismus“, Mitglieder der NSDAP waren ausdrücklich in der Einladung adressiert worden, Kommunisten waren ebenfalls zahlreich erschienen. Schon zu Beginn der Saalschlacht wandte sich die sozialdemokratische Seite an Vertreter der KPD mit der Bitte um eine aktive Solidarisierung und Mobilisierung gegen die NSDAP-Schläger. Daraufhin kam es in der Neustadter Innenstadt (Kreuzung Fröbelstraße-Hauptstraße) seitens der Arbeitervertreter zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die von auswärts angereisten Anhänger Hitlers.²⁷ Vor diesem Hintergrund schlossen sich auch in Neustadt nach dem 17. Dezember 1931 SPD, Freie Gewerkschaften, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der ATSB zur Eisernen Front zusammen. Sie dachten an Selbstschutz, waren aber weiterhin neben der „Roten Front“ der KPD – worunter auch ihre Vorfeldorganisationen subsumiert wurden – das Angriffsziel der längst die Neustadter Straßen beherrschenden Nationalsozialisten. Beispielhaft seien hier die Auseinandersetzungen am 10. Juli 1932 kurz beschrieben: Bei dem zum Gautreffen der NSDAP gehörenden Propagandamarsch durch die Stadt kam es zu mehreren Schlägereien, so am Bahnhof, auf dem Neptunplatz und beim Rosengarten. Auf Höhe der Gaststätte „Zum Pfalzbräu“ – zugleich Vereinslokal der Eisernen Front und

²³ Klaus J. Becker, Die KPD in Rheinland-Pfalz. Mainz 2001, 45.

²⁴ <http://www.syndikalismusforschung.info/helnutzen.html> (Zugriff 3.9.2019).

²⁵ Vermutlich handelt es sich hier um einen der beiden Quellvereine der heutigen TSG 1846 Neustadt an der Weinstraße. Vgl. http://www.sportverband-nw.de/CMS/Verband/Chronik_1926-2001.pdf, (Zugriff 2.1.2019). Der Veranstaltungsort war vermutlich der heutige Vereinssitz in der Volksbadstraße 4, 67434 Neustadt an der Weinstraße.

²⁶ Zum Lebensweg von Erwin Eckert vgl. Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert. Bonn 2011.

²⁷ Vgl. Pfälzische Post Nr. 296 v. 18.12.1930 („Das wahre Gesicht der Nationalsozialisten“) und vgl. Pfälzische Post Nr. 297 v. 19.12.1930 („Die Versammlungssprengung in Neustadt“) und vgl. Judith Friedmann. Die politische Radikalisierung der Pfalz zu Beginn der 1930er Jahre. Magisterarbeit an der Universität Mannheim, Sommersemester 1993, 50, in: StALu, Y4/B/G 1993/1. Die Zeitzeugin und Kommunistin Käthe Brunner quittierte dieses Ereignis mit den Worten: „Das war einmal eine Einigung“. StALu, Y4/ Bestand KPD Neustadt. Interview von Karl Fücks mit Käthe Brunner 1985, Min. 13-14. In der kommunistischen Arbeiter-Zeitung war diese frühe Einheitsfront jedoch keine Erwähnung wert. Vgl. AZ JG7 Nr. 286 f. vom 18. und 19.12.1930.

des Arbeiter-Samariter-Bundes, das von Josef Münzer – SPD-Stadtrat und ehemaliger zweiter Bürgermeister – betrieben wurde, griffen Marschteilnehmer mehrere Mitglieder des sozialdemokratischen Selbstschutzes an und versuchten ihnen u. a. die Mitgliedsabzeichen zu entreißen. In die Enge gedrängt, schossen die Sozialdemokraten auf die Angreifer und verletzten dabei fünf Nationalsozialisten zum Teil schwer. Der eigentliche Schütze konnte jedoch von der Polizei nicht ermittelt werden – 14 Verhaftete mussten „nach erfolgter Einvernahme“ wieder freigelassen werden – ein Ereignis, das seine Kreise noch bis weit in den eigentlichen Untersuchungszeitraum dieses Aufsatzes ziehen sollte.²⁸

Erst jetzt griff die Neustadter Arbeiterbewegung auf die Erfahrungen vom 17. Dezember 1930 zurück und reagierte auf die nationalsozialistische Gefahr mit einer gemeinsamen Demonstration gegen „Faschismus und Sozialreaktion“ mit rund 1.500 Teilnehmern aus den Reihen von SPD, SAP und KPD am 13. Juli 1932.²⁹ Weiter formalisiert wurde die Neustadter Einheitsfront am 26. Juli 1932 mit der Gründung einer „Erwerbslosenvereinigung zur Abwehr der faschistischen Diktatur“ aus Angehörigen der SPD, SAP und KPD.³⁰

Vor diesem Hintergrund sind die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 besonders interessant, da diese ein Vergleich zwischen den sich in der Regel außerhalb Neustadts feindlich gegenüberstehenden Sozialdemokraten und Kommunisten sowie der sich um einen Ausgleich zwischen beiden bemühenden SAP möglich machten. Dies war auch deshalb von Bedeutung, da sowohl SAP wie auch die Linke Opposition der KPD sich durch ein wesentlich realistisches Faschismusbild auszeichneten, während SPD und KPD immer noch von einem zeitlich überschaubaren Phänomen ausgingen.³¹ Für die zur

²⁸ Neue Pfälzische Landeszeitung, Nr. 159 v. 11.7.1932 („Schüsse auf den nationalsozialistischen Propagandazug in Neustadt“). Auseinandersetzungen mit der Schusswaffe waren im Sommer 1932 auch in Neustadt kein Novum mehr. So hatten Anfang Juni 1932 bereits Unbekannte während einer Reichsbanner-Versammlung auf den Übungsleiter scharf geschossen und diesen nur knapp verfehlt. Vgl. *Friedmann*, Die politische Radikalisierung der Pfalz (wie Anm. 27), 52.

²⁹ StALu, Y4/ Bestand KPD Neustadt. Sammlung Hans-Jürgen Hemmerling, Neustadt zu „Naturfreunde in Schutzhaft“.

³⁰ HstA München, MA 102 156/3: Halbmonatsberichte der Regierung Pfalz vom 18.8.1932.

³¹ Die Linke begriff den Nationalsozialismus als Faschismus. Zu den in der sozialistischen wie kommunistischen Arbeiterbewegung vorhandenen Faschismuskonzeptionen vgl. *Wolfgang Wippermann*, Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921–1945. Frankfurt am Main 1981. Eine Unterordnung unter einen ‚generischen‘ Begriff von Faschismus wird von einigen Autoren in der Faschismusforschung als Verharmlosung der besonderen Vernichtungstendenz des Nationalsozialismus angesehen (Samuel Salzborn). Das Element des Rassismus werde mithin nicht als elementarer Bestandteil des Faschismus angesehen und der Nationalsozialismus somit aus der Typologie des Faschismus exkludiert (Zeev Sternhell). Vgl. *Samuel Salzborn*, Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Weinheim 2018, 175 f. und vgl. *Zeev Sternhell, Mario Sznajder, Maia Asheri*, Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Hamburg 1999.

Zusammenarbeit der Arbeiterparteien gegen die NSDAP appellierende SAP votierten in Neustadt aber lediglich 25 Wähler – für Sozialdemokraten 2.008 und die KPD in steigender Tendenz 1.480 Stimmberechtigte. 2.089 Stimmen entfielen auf BVP/ Zentrum. Klarer Sieger war die NSDAP mit 6.894 Stimmen. Nennenswerte Akte einer weiteren Zusammenarbeit zwischen den drei Neustadter Arbeiterparteien sind nachfolgend nicht überliefert. Bei der anschließenden Novemberwahl des Reichstags hatte die NSDAP mit 6.110 Stimmen nur begrenzte Einbußen. Die SPD konnte mit 2.161 Stimmen leicht zulegen, noch ein wenig mehr die KPD mit 1.634 Wählern. Für den doch offensichtlich aussichtslosen Kampf der SAP um eine Einheitsfront zwischen beiden Parteien waren lediglich noch 18 Wähler zu mobilisieren gewesen. Der politische Katholizismus blieb mit 2.050 Stimmen stabil. Wie fahrlässig wenig sich der Großteil der Arbeiterbewegung sogar noch im Januar 1933 auf eine „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten vorbereitete, zeigt symbolisch die letzte Eintragung im Protokollbuch der Freien Turnerschaft Lambrecht am 24. Januar 1933: Diese beschloss die sozialdemokratische „Pfälzische Post“ zu verklagen, weil diese gegenüber der Turnerschaft den Vorwurf erhob, mit dem „Roten Sport“ in Neustadt in enger Verbindung zu stehen. Ansonsten bereitete sie die Faschingskampagne 1933 vor!³²

2. Die Situation nach dem 30. Januar 1933

In der Regel getrennt, hatten die politischen Vertreter der Arbeiterschaft zum Teil seit Jahrzehnten den Klassenkampf im Arbeitersport, im Rotsport, im Reichsbanner usw. trainiert, aber im entscheidenden Moment waren sie unfähig aufeinander zuzugehen. In der Folge brachen die katastrophalen Folgen der Spaltung bereits am Abend des 30. Januar 1933 auch über die Neustadter Arbeiterbewegung herein: Siegestrunken veranstalteten die hiesigen Nationalsozialisten einen Fackelzug durch die Straßen der Stadt. 200 Gegendemonstranten – vor allem Mitglieder der KPD, aber auch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold stellten sich ihnen singend an der Ecke Landauer Straße und Gabelsbergerstraße sowie an der Ecke Mittelgasse und Kellereistraße entgegen. Es kam zu schweren Zusammenstößen, wobei der Kommunist Emil Basler massive Stichverletzungen in den Rücken erlitt. Aus den Reihen der NSDAP wurde außerdem in der Schwanengasse auf die Gegendemonstranten geschossen.³³ Die also vor Ort als notwendig erkannte

³² StALu, PGV 23, Nr. 8 (Protokollbuch für die Freie Turnerschaft e.V. Lambrecht 1930-1933).

³³ Pfälzische Post Nr. 27 v. 1.2.1933 („Zusammenstöße mit den Nazis“).

gemeinsame Abwehr³⁴ der nun zügellosen NS-Angriffe wurde allerdings von den zentralen Leitungen der SPD und insbesondere der KPD nicht erkannt: Unbeeindruckt von der Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 und dem Demonstrationsverbot für die KPD ab dem 2. Februar 1933 sprach deren Parteileitung bereits am 3. Februar 1933 wieder von den „Sozialfaschisten“.³⁵ Entsprechend lehnte die KPD-Führung den von der SPD als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geforderten „Nichtangriffspakt“ zwischen beiden Parteien ab. Weiterhin propagierte sie lediglich eine „Einheitsfront von unten“. So stand die deutsche Arbeiterbewegung der Legalisierung des nationalsozialistischen Terrors durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ am 4. Februar 1933 gespalten und kampfunfähig gegenüber.³⁶ Zwar verstärkte die KPD die Umstellung auf die Illegalität fortan auch im Bezirk Baden-Pfalz – die Mitglieder der Bezirksleitung wurden seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht –, sie wurde aber trotzdem von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1.500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10.000 im Reich nutzten.³⁷ In der Pfalz wurden sämtliche Versammlungen und Kundgebungen der KPD verboten und die Parteibüros geschlossen. Auch die Ludwigshafener „Arbeiter-Zeitung“ musste ihr Erscheinen endgültig einstellen, nachdem sie bereits zwischen dem 13. und 17. Februar 1933 wegen „Beschimpfung der Reichsregierung“ verboten worden war. Allerdings organisierte die Bezirksleitung Baden-Pfalz sofort deren illegalen Druck und Verteilung, so dass die „Arbeiter-Zeitung“ im Bezirk noch bis Mitte 1935 monatlich mit einer Auflage

³⁴ Geschildert wird diese Einsicht bei Käthe Brunner, allerdings nur in Konfliktsituationen wurde sie praktisch wirksam. Im politischen Alltag nach dem 30. Januar 1930 fand jedoch keine organisatorische Annäherung statt. Vgl. StALu, Y4/ Bestand KPD Neustadt. Interview von Karl Fücks mit Käthe Brunner 1985, Min. 20-21.

³⁵ Die Sozialfaschismusthese wurde prominent von Josef Stalin erstmals im Jahre 1924 vertreten: „Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus“. Vgl. *Josef Stalin*, Werke Band 6. Ostberlin 1952, 253. Die Sozialfaschismusthese proklamierte eine Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Faschismus. Sie wurde im Zuge der ultralinken Wendung der Komintern 1929 auch für die KPD eine bestimmende Doktrin. Vgl. *Hermann Weber*, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982. Vgl. auch mit Fußnote 16.

³⁶ Die Verordnung schränkte bereits die Versammlungs- und Pressefreiheit weitgehend ein und erteilte zugleich Reichsinnenminister Wilhelm Frick weitgehende Vollmachten. Vgl. *Siegfried Bahne*, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: *Erich Matthias/Rudolf Morsey* (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1984, 682.

³⁷ Vgl. *Hermann Weber*, Die Kommunisten, in: *Erich Matthias/ Hermann Weber* (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Mannheim 1984, 258 f. sowie *Klaus Schönhoven*, Reformismus und Radikalismus. München 1989, 175 f.

von mehreren tausend, mindestens aber 500 Exemplaren, kontinuierlich weiter erscheinen konnte.³⁸

Der pfälzischen SPD war hingegen zunächst noch ein ungehindertes Auftreten möglich: So beteiligten sich rund 20.000 Ludwigshafener Republikaner am 3. Februar 1933 an einem Aufmarsch der Eisernen Front³⁹ und auch der 38. Bezirksparteitag konnte am 4. und 5. Februar 1933 in Pirmasens zusammentreten – allerdings unter dem Schutz eines größeren – mit Stahlhelm und Karabiner ausgerüsteten – Aufgebotes der Schupo.⁴⁰ Den anschließenden Reichstagswahlkampf führte die pfälzische SPD mit zahlreichen antifaschistischen Kundgebungen der Eisernen Front, beginnend in Ludwigshafen und seinen Stadtteilen, in Oppau, Frankenthal, Speyer, Neustadt und seinen Vororten, Grethen, Oggersheim, Weisenheim am Sand, Edenkoben, Germersheim, Rheinzabern, Edesheim, Landau und Heßheim usw. noch durch. Allerdings blieben blutige Zusammenstöße mit der SA – so in Obermoschel⁴¹ und Thaleischweiler⁴² – die Ausnahme - freilich auch, weil die nationalsozialistischen Hochburgen in der Pfalz gemieden wurden.⁴³

Die KPD war mit dem 28. Februar 1933 in Deutschland illegal und verlor ihr gesamtes Vermögen, obwohl sie formell nicht verboten wurde. Bereits am 3. März 1933 wurde der Parteivorsitzende Ernst Thälmann in seinem illegalen Quartier in Berlin verhaftet. Zum gleichen Zeitpunkt wurden nun auch in Neustadt die Wohnungen verschiedener hiesiger Kommunisten einer „eingehenden Untersuchung“ unterzogen und „ein ansehnlicher Stoß zersetzender Schriften“ beschlagnahmt sowie mehrere Mitglieder der KPD verhaftet und im hiesigen Gerichtsgefängnis in der Lindenstraße inhaftiert. In den Nächten zuvor hatte die KPD noch einmal versucht, in Neustadt durch Wandparolen und die Verteilung von Flugblättern trotz Unterdrückung auf ihren Wahlvorschlag aufmerksam zu machen. Auf den städtischen Wahlanschlügen fanden sich angeblich nur noch wenige Plakate von BVP/Zentrum und der SPD.⁴⁴ Auch bei bekannten SAP-Mitgliedern wurden bereits in der Nacht vom 3. auf den 4. März 1933 Hausdurchsuchungen durchgeführt, um hier vor allem

³⁸ Vgl. *Lothar Meinzer*, Die Pfalz wird braun, in: *Gerhard Nestler/ Hannes Ziegler*, Die Pfalz unterm Hakenkreuz. 2. Aufl. Landau 1997, 38. *Fritz Salm*, Im Schatten des Henkers. Frankfurt am Main 1979, 70 ff. Zur illegalen antifaschistischen Presse zwischen 1933 und 1939: *Jürgen Stroech*, Die illegale Presse. Leipzig 1979, 109 f.

³⁹ Pfälzische Post Nr. 30 v. 4.2.1933 („Ludwigshafen bleibt rot!“).

⁴⁰ Pfälzische Post Nr. 31 v. 6.2.1933 („Einig und kampftentschlossen!“).

⁴¹ Pfälzische Post Nr. 43 v. 20.2.1933 („Nazi-Überfall auf Reichsbannerleute in Obermoschel“).

⁴² Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („Die nächtliche Schießerei in Thaleischweiler“).

⁴³ Vgl. den Wahlkampfkalender der pfälzischen SPD: „Für Freiheit gegen Knechtschaft“. Exemplarisch hierfür: Pfälzische Post Nr. 52 v. 2.3.1933.

⁴⁴ NSZ Rheinfront Nr. 54 v. 4–5.3.1933 („Aus Neustadt a. d. Hdt.“).

Einheitsfront-Materialien zu beschlagnahmen.⁴⁵ Entsprechend war dann auch am 5. März 1933 das u. a. durch den SA-Terror in Neustadts Straßen erzwungene Ergebnis: Die NSDAP steigerte sich auf 7.602 Wählerstimmen, wohingegen die SPD nur auf 2.050 Wähler kam und die KPD auf 1.393. BVP/ Zentrum blieben mit 2.104 Stimmen nach wie vor stabil.

So ist überraschend, dass die „Pfälzische Post“ das u. a. mit SA-Terror und KPD-Unterdrückung zustande gekommene Wahlergebnis vom 5. März 1933 mit „Votum des Volkes“ überschrieb⁴⁶ – um sich dann allerdings gleich in der nächsten Ausgabe vom Parteivorstand korrigieren zu lassen, der feststellte: „Diese Wahlen geben kein Bild des Volkswillens“ und die Forderung erhob: „Haltet der Partei die Treue.“⁴⁷ Hoffnung sollte noch einmal die Kommentierung des Wahlergebnisses verbreiten, mit Schlagzeilen wie: „Die Sozialdemokratie unerschüttert!“ oder „Ein Ruhmestag der Partei.“⁴⁸ Tatsächlich hatte sich die SPD in der Pfalz im Vergleich zum 6. November 1932 von 86.544 auf 98.404 Stimmen sogar verbessert und das Reichstagsmandat für Friedrich Wilhelm Wagner gehalten. BVP/ Zentrum kamen auf stabile 22,9 Prozent. Mit 46,5 Prozent für die NSDAP war aber nun auch in der Pfalz der Damm gebrochen: Bereits am 6. März 1933 erklärte Josef Münzer seinen Austritt aus der SPD⁴⁹ – auch wenn es sich dabei um das Schlusskapitel eines internen Parteikonflikts⁵⁰ handelte, war es für die neuen Machthaber eine gern aufgegriffene Gelegenheit, um gerade in der Arbeiterbewegung für Verwirrung zu sorgen.⁵¹ Am 7. März 1933 wehte zum ersten Mal die Hakenkreuzfahne auf dem Neustadter Rathaus – die begleitende NSDAP-Feier wurde nur durch einzelne sozialdemokratische „Freiheit“ – und kommunistische „Rotfront“-Rufe gestört.⁵² Am 10. März 1933 startete der abschließende Showdown: Jetzt wurde auch die „Pfälzische Post“ besetzt. Die letzte schon unter Vorzensur stehende und mit zahlreich fehlenden Artikeln erschienene Ausgabe berichtete geradezu symbolisch von der Zerstörung des Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal in Zweibrücken.⁵³ Nicht mehr schildern konnte das SPD-Organ die Erschießung des Sozialdemokraten Georg Hüter noch am gleichen Morgen

⁴⁵ Vgl. Klaus J. Becker/Philippe Haller, *Wandler zwischen den Welten* (wie Anm. 12) 133–134.

⁴⁶ Pfälzische Post Nr. 55 v. 6.3.1933 („Das Votum des Volkes“).

⁴⁷ Pfälzische Post Nr. 56 v. 7.3.1933 („An die Partei“).

⁴⁸ NSZ Rheinfront Nr. 59 v. 10.3.1933 („Aus Neustadt a. d. Hdt.“).

⁴⁹ NSZ Rheinfront Nr. 63 v. 15.3.1933 („Aus Neustadt a. d. Hdt.“).

⁵⁰ Vgl. Wunder, *Die Sozialdemokratie in Neustadt* (wie Anm. 12), 68.

⁵¹ Der Parteiaustritt Münzers wurde allerdings erst am 15. März 1933 als Faksimile unter der Überschrift „SPD-Arbeiter von Neustadt! Herhören!“ in der NSZ Rheinfront publiziert. Bemerkenswerterweise bezog sich die dazugehörige Kommentierung vor allem aber auf die angebliche Diskreditierung der SPD als „Versorgungsapparat für jüdische Bonzen“. NSZ Rheinfront Nr. 63 v. 15.3.1933 („Aus Neustadt a. d. Hdt.“).

⁵² Pfälzische Post Nr. 57 v. 8.3.1933 („Hakenkreuzfahnen auf pfälzischen Rathäusern“).

⁵³ Pfälzische Post Nr. 59 v. 10.3.1933 („Ebert-Denkmal zerstört“).

in Oppau,⁵⁴ ebenso wenig das auch Neustadt betreffende Verbot des Reichsbanners, der Eisernen Front und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). In der Folge setzten sofort weitere Verhaftungen ein: Inhaftierungsort – so für den Kommunisten Ludwig Brunner⁵⁵ – waren entweder noch immer das Gerichtsgefängnis oder z. B. für den an der Schießerei am 10. Juli 1932 verdächtigten Reichsbanner-Mann Friedrich Krämer⁵⁶ laut Haftbefehl das Lager „Rheinpfalz“ des freiwilligen Arbeitsdienstes, tatsächlich also das als frühes Konzentrationslager zu verstehende ummauerte Gelände der ehemaligen Turenne-Kaserne. Hauptsächlich Angehörige der pfälzischen Arbeiterbewegung wurden dort inhaftiert,⁵⁷ darunter alle relevanten Vertreter der Neustadter Arbeiterbewegung wie der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Gustav Weil oder der Gewerkschaftsfunktionär Hans Braun⁵⁸, der SAP-Vorsitzende Ludwig Manderschied⁵⁹ oder der KPD-Funktionär Karl Breyer.⁶⁰ Triumphierend berichtete die NSZ über deren Behandlung – besonders drangsaliert als Jude wurde offensichtlich Gustav Weil – „abkommandiert den Hof und Garten der Gauleitung in der Maximilianstraße von Gras zu reinigen“.⁶¹ Diesen physischen und psychischen Druck hielt Hermann Zahn – ebenfalls wegen seiner Beteiligung an der Schießerei am 10. Juli 1932 inhaftiert – nicht mehr stand. In Folge der Misshandlungen sprang er aus dem Fenster des 3. Stockes.⁶² Im scheinbaren Widerspruch hierzu stand die am 23. März 1933 in der NSZ formulierte Absicht, durch „Zwangsarbeit“ den „ehrliehen, wertvollen Teil der deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten“ in die „Reihe der neuen Front“ zu integrieren.⁶³ Dass aber für die organisierte Arbeiterbewegung zukünftig kein Platz in der ‚Volksgemeinschaft‘ vorgesehen war, unterstrich das Verbot von gleich 18 „marxistischen Organisationen“ in Neustadt am 3. April 1933. Alphabetisch aufgelistet von der Arbeitersportvereinigung Rotsport bis zum Volkschor wurde das Verbot dem jeweiligen Vorsitzenden per Unterschrift zur Kenntnis gegeben – zwei der Betroffenen

⁵⁴ Günther Janson, Der 10. März 1933 in Oppau, in: *Manfred Geis/ Gerhard Nestler* (Hrsg.), Die pfälzische Sozialdemokratie. Edenkoben 1999, 532-535.

⁵⁵ Haftbestätigung für Ludwig Brunner vom 13.3.1951, in: StALu, SLu 48 (Neustadt).

⁵⁶ Haftbefehl für Friedrich Krämer und Henriette Loeb vom 10.3.1933, in: StALu, SLu 48 (Neustadt).

⁵⁷ Vgl. *Miriam Breß*, In „Schutzhaft“ im (frühen) Konzentrationslager Neustadt a. d. Haardt. Hintergründe und Funktion der „Schutzhaft“, in: *Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft* Bd. 24 2017, Stuttgart 2018, 107-131, hier 110-114. Die Atmosphäre bei den Verhaftungen schildert eindrücklich Willy Wessel. StALu, Y4/ Bestand KPD Neustadt. Interview von Karl Fücks mit Willy Wessel 1/2 1985, Min. 40.

⁵⁸ Vgl. *Wunder*, Die Sozialdemokratie in Neustadt (wie Anm. 12), 58–60/82.

⁵⁹ Vgl. *Becker/ Haller*, Wandler zwischen den Welten (wie Anm. 12), 134.

⁶⁰ Vgl. *Becker*, Die KPD in Rheinland-Pfalz (wie Anm. 23), 423.

⁶¹ NSZ Rheinfront Nr. 64 v. 16.3.1933 („Aus Neustadt a. d. Hdt.“) und vgl. StALu, Y4/ Bestand KPD Neustadt. Interview von Karl Fücks mit Käthe Brunner 1985, Min. 30.

⁶² NSZ Rheinfront Nr. 65 v. 17.3.1933 („Aus Neustadt a. d. Hdt.“) und vgl. *Breß*, In „Schutzhaft“ (wie Anm. 57), 121 f.

⁶³ NSZ Rheinfront Nr. 70 v. 23.3.1933 („Ein Besuch im pfälzischen Interniertenlager“).

musste man hierzu in der „Kaserne“ aufsuchen. Einher ging die sofortige Beschlagnahmung sämtlichen Vereinsvermögens. Dem ebenfalls am 3. April 1933 verbotenen Touristenverein „Die Naturfreunde“ wurde zudem am 6. April 1933 der Erbbauvertrag im Heidenbrunnental gekündigt; ebenso der Freien Turnerschaft Neustadt das Eigenheim und der Sportplatz im Schöntal. Vergeblich verwies der Vereinsvorsitzende in seinem Einspruch am 8. April 1933 darauf, dass man „jederzeit zum Wohl von Volk und Staat“ gewirkt habe. Das Schreiben enthält den handschriftlichen Vermerk: „Abgelehnt“.⁶⁴ Dass die Vereinsverbote vom 3. April 1933 durchaus ernst gemeint waren, unterstrich auch eine Hausuntersuchung bei Ludwig und Käthe Brunner in der Rathausstraße, wobei die Neustadter Polizei vergeblich nach Hinweisen auf eine Fortführung der kommunistischen Solidaritätsorganisation „Rote Hilfe Deutschland“ suchte.⁶⁵

Am 15. April 1933 trat noch einmal die Neustadter SPD zu einer Mitgliederversammlung mit 40 Teilnehmern zusammen – unter ihnen mit u. a. Eugen Christ auch Mitglieder der ehemaligen SAP, die dem Beschluss der Mehrheit des SAP-Parteivorstandes gefolgt und im März 1933 zur SPD zurückkehrt waren. Allerdings hatte sich die Mehrheit der Neustadter SAP-Ortsgruppe um Ludwig Manderschied – wie in der Gesamtpartei – der Position der Parteivorstandsminderheit angeschlossen und die Organisation einfach fortgeführt, während eine noch kleinere Gruppe um Hans Schreiber sich bereits nach der Juli-Wahl 1932 der KPD angeschlossen hatte. Die so anwesenden SPD-Mitglieder in der Gaststätte „Theodor“ wählten entsprechend dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ die ihnen nach dem Ergebnis der Reichstagswahl zustehenden drei Vertreter für den Stadtrat: Benannt wurden aus der bisherigen Fraktion Karl Melbert und Johann Gröning sowie Eugen Christ. Weiterhin wurden vier Ersatzleute, zwei Vertrauensleute sowie Christian Bolz für den Bezirkstag nominiert. Tatsächlich fand aber diese Liste nicht die Zustimmung der NSDAP, sodass das ehemalige KPD-Mitglied Gröning und das vormalige SAP-Mitglied Christ wieder von der Liste gestrichen werden mussten. Letztlich benannt wurden daher am 20. April 1933: Karl Melbert, Otto Krieger und Adam Bittig als Stadträte sowie Jakob Fischer und Emil Münch als Ersatzleute.⁶⁶

⁶⁴ StALu, SLu 48 (Neustadt).

⁶⁵ StMa, D2 630, Blatt 8. Zur RHD in Neustadt. Käthe Brunner selbst schildert ausführlich ihre Aktivität für die RHD während der NS-Diktatur. Vgl. StALu, Y4/ Bestand KPD Neustadt. Interview von Karl Fücks mit Käthe Brunner 1985, Min. 30 und vgl. *Silke Makowski*, ... Geldmittel zur Unterstützung der Angehörigen von Schutzhaftgefangenen zu sammeln. Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands in der Pfalz ab 1933, in: *Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz*. Bd. 115. Speyer 2017, 404 f.

⁶⁶ StALu, SLu 48 (Neustadt). Zur organisatorischen Entwicklung der SAP vgl. *Drechsler*, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (wie Anm. 18), 311 ff.

Tatsächlich erschienen die „drei Leute der SPD“ auch auf der konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 27. April 1933 und nahmen dort aus Sicht der neuen Machthaber eine „aufrichtige Haltung“ ein. Konkret bedeutete dies z. B. die Zustimmung zur Ehrenbürgerschaft von Paul von Hindenburg, Adolf Hitler, Josef Bürckel und des pfälzischen SA-Führers Fritz Schwitzgebel! Ebenso die Umbenennung des Marktplatzes in Adolf-Hitler-Platz und der Poststraße in Josef-Bürckel-Straße. Lediglich der langjährige Stadtrat Philipp Helfferich (Kampffront) bewies Courage und enthielt sich bei der Ehrenbürgerschaft für Bürckel der Stimme. Entsprechend massiv wurde er anschließend in der NSZ kritisiert und bereits am 29. April 1933 zum Mandatsverzicht gezwungen. Als Belohnung suggerierte die NSZ im Sinne der Volksgemeinschaftsideologie jedem ein Willkommen, „der seine Kraft in den Dienste des Volkes stellt“.⁶⁷ Das gleiche Angebot machten die Nationalsozialisten scheinbar auch den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften durch die Durchführung des 1. Mai 1933 als „Tag der nationalen Arbeit“. Nur gestört von wenigen Rotfront-Rufen,⁶⁸ nahm der „Tag der nationalen Arbeit“ in Neustadt seinen gewünschten Verlauf. Wer sich als Freier Gewerkschafter erzwungenermaßen am 1. Mai neben seinem „Brotherren“ an der nationalsozialistischen Demonstration beteiligte,⁶⁹ musste jedoch schon am 2. Mai 1933 feststellen, dass die eigene selbstgewählte Gewerkschaftsorganisation ab sofort verboten war und nachfolgend über die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO)⁷⁰ in die DAF überführt wurde. Damit war, wie bereits am 3. April 1933, die Arbeiterbewegung erneut in einem ihrer Kernbereiche enteignet.⁷¹ Nachfolgend teilte die SPD am 12. Mai 1933 dem Bürgermeisteramt schriftlich ihre Selbstauflösung und den Mandatsverzicht ihrer drei Stadtratsmitglieder mit. Unterzeichnet war das Schreiben lediglich von den drei Mandatsinhabern sowie den zwei Ersatzleuten.⁷² Reichsweit wurde die SPD am 22. Juni 1933 verboten. Die Nationalsozialisten in Neustadt nutzten dies für einen Triumphzug am 23. Juni 1933, bei dem sie die Fahne des SPD-Ortsvereins durch die Straßen schleiften und an der Ecke Goethestraße/ Landauer Straße verbrannten.⁷³ Am nächsten Tag wurde der letzte SPD-Ortsvereinsvorsitzende Gustav Weil gemeinsam mit den führenden Mitgliedern

⁶⁷ NSZ Rheinfront Nr. 99 v. 28.4.1933 („Stadtrat im Saalbau Neustadt“).

⁶⁸ NSZ Rheinfront Nr. 102 v. 3.5.1933 („Aus Neustadt“).

⁶⁹ NSZ Rheinfront Nr. 101 v. 2.5.1933 („Die Pfalz feiert das Fest der Arbeit“).

⁷⁰ Die NSBO hatte keine eigentlich gewerkschaftliche Aufgabe vor und nach 1933. Nach der Machtübergabe beschränkte sie sich auf weltanschauliche Schulungen. Bereits 1935 wurde sie aufgelöst. Vgl. *Helga Grebing*. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München 1965, 224-225.

⁷¹ NSZ Rheinfront Nr. 103 v. 4.5.1933 („Die neue deutsche Arbeiterfront“).

⁷² StALu, SLu 48 (Neustadt).

⁷³ Die Rheinpfalz, Ausgabe Neustadt Nr. 42 vom 18.2.1978 („SA-Leute verbrannten SPD Fahne“).

des katholischen Zentrums Matt (Vorsitzender) und der BVP, MdR Dr. Michael Bayersdörfer und Regierungsrat Dr. Franz Pfeiffer durch die Stadt geführt. Die Verhafteten mussten ein Schild mit der Aufschrift „So 4 Schurken wie wir gibt's keine mehr hier!“ vor sich hertragen und die Schmähungen der Schaulustigen über sich ergehen lassen. Gustav Weil wurde anschließend erneut, nun mit Dr. Pfeiffer, im Amtsgerichtsgefängnis an der Lindenstraße inhaftiert. Wie bereits im März 1933 wurde er anschließend zu Straßenreinigungsarbeiten auf dem Gelände der Gestapo genötigt. Dr. Pfeiffer wurde aus der Pfalz ausgewiesen.⁷⁴

3. Die Situation nach dem Verbot der SPD

Anhand dieser Aktion wird die „Salami-Taktik“ der NSDAP deutlich: Nach KPD, Arbeitervereinen, Gewerkschaften und SPD rückte der politische Katholizismus in den Fokus der Diktatur. Gauleiter Bürckel hatte die neuen Übergriffe bereits am 23. Juni 1933 bei einer Kundgebung in Ludwigshafen angekündigt.⁷⁵ In der Folge erklärten auch die Stadträte der BVP/ Zentrum bis zum 26. Juni 1933 ihren Rücktritt. Ihre beiden Parteien lösten sich reichsweit am 4. bzw. 5. Juli 1933 selbst auf.

Fortan galt der Blick wieder dem noch widerspenstigen Arbeitermilieu. Bereits am 21. September 1933 wurde der Kopf der Neustadter SAP, Ludwig Manderschied, erneut verhaftet: Grund dafür war die Verteilung von Flugschriften, die zum Generalstreik gegen das NS-Regime aufriefen. In diesem Zusammenhang wurden zwischen dem 6. und 7. Oktober 1933 bei weiteren Mitgliedern der KPD bzw. SAP Hausdurchsuchungen unternommen und in großem Umfang Bücher und propagandistische Schriften beschlagnahmt. Manderschied selbst blieb bis zum 2. November 1933 in Haft. Trotzdem nahm er auch nachfolgend an Zusammenkünften der illegalen SAP teil und wurde insgesamt noch drei weitere Male für kurze Zeit inhaftiert.⁷⁶

Ende September 1934 erfolgte die Verhaftung der Mitglieder des nach dem Ort ihrer einzigen illegalen Zusammenkunft benannten Asselstein-Kreises, darunter auch Eugen Christ aus Neustadt. Die illegale Arbeit der SPD in der Region war damit fast völlig lahmgelegt. Am 15. Mai 1935 lauteten die Urteile: Insgesamt 15 Jahre Gefängnis- und Zuchthausstrafen.⁷⁷ Am 28. Juni 1935 wurde mit Ludwig Brunner der bekannte Kopf des

⁷⁴ Vgl. *Wunder*, Die Sozialdemokratie in Neustadt (wie Anm. 12), 58.

⁷⁵ NSZ Rheinfront, Nr. 145 v. 26.6.1933 („Gauleiter Bürckel über den Sinn der Revolution“).

⁷⁶ Vgl. *Becker/ Haller*, Wandler zwischen den Welten (wie Anm. 12), 136-137.

⁷⁷ Vgl. *Klaus J. Becker* (Hrsg.), 80 Jahre Asselstein. Widerstand und Gedenken. Ludwigshafen am Rhein 2014, 29–32.

KPD-Widerstandes in Neustadt erneut wegen „kommunistischer Umtriebe“ im Gerichtsgefängnis Neustadt inhaftiert und dort bis zum 8. Juli 1935 festgehalten.⁷⁸ Mit Ludwig Brunner wurden auch sieben weitere ehemalige KPD-Mitglieder verhaftet und damit die letzten illegalen Strukturen der KPD in Neustadt zerschlagen. Nun begann auch im kommunistischen Milieu Neustadts wie schon bei den Sozialdemokraten die Phase des scheinbar nicht enden wollenden Wartens auf den Zusammenbruch der Diktatur. In den folgenden Jahren hielten sich Sozialdemokraten und Kommunisten mit illegalen politischen Tätigkeiten zurück, blieben jedoch weiterhin in Verbindung zu politischen Weggefährten. Zusammen hörte man heimlich die ausländische Berichterstattung über Nazi-Deutschland ab und beriet sich über die aktuelle Situation in Deutschland.⁷⁹ Einzig die kleine SAP konnte bis 1938 in der Pfalz organisatorische Strukturen bewahren.⁸⁰ Im überschaubaren Neustadt allerdings musste Ludwig Manderschied und mit ihm die SAP die direkte, politische Arbeit ab 1935 ebenfalls mehr oder weniger einstellen. Diese Situation half aber immerhin vielen politischen Gegnern des Nationalsozialismus zumindest zeitweise vom Radar der Verfolgung verschwinden zu können. Um weiteren Repressionen zu entgehen, trat Manderschied schließlich auch in die Werkscharen⁸¹ der Deutschen Arbeitsfront ein. Von einer Anpassung kann jedoch auch in diesem Fall wohl nicht die Rede sein. So verweigerte Manderschied zuvor den Eintritt in die NSDAP: „Wiederholte dringliche Aufforderungen des damaligen Betriebsleiters Lamadée [...] in die NSDAP einzutreten, lehnte ich unter sturem Hinweis auf das was ich war, ab“.⁸² Auch der Eintritt in die Werkscharen erfolgte offenbar nur widerwillig: „In die Werkscharen trat ich erst ein, als man mir mit der Vernichtung meiner wirtschaftlichen Existenz drohte – Zeuge Betriebsratsvorsitzender Willi Wessel⁸³ – und das erst nach Billigung durch meine Gesinnungsfreunde.“⁸⁴

⁷⁸ Haftbestätigung für Ludwig Brunner vom 13.3.1951, in: StALu, SLu 48 (Neustadt).

⁷⁹ Vgl. StALu, Y4/ Bestand KPD Neustadt: Sammlung Hans-Jürgen Hemmerling (wie Anm. 29) und Becker/Haller, Wandler zwischen den Welten (wie Anm. 12), 137.

⁸⁰ Karl Nord, Im Kampf gegen das Unrecht und für die Freiheit. Ludwigshafen am Rhein 1986.

⁸¹ Als Werkscharen bezeichnete man die uniformierten Gruppen der Deutschen Arbeitsfront innerhalb der nationalsozialistischen Betriebe, welche u. a. die Aufgabe hatten, nationalsozialistisches Gedankengut unter der Belegschaft zu verbreiten; vgl. <http://www.lexikon-drittes-reich.de/Werkscharen> (Zugriff 16.9.2019).

⁸² Sammlung zu Ludwig Manderschied in der Gedenkstätte Neustadt (genaue Anschrift: Gedenkstätte für NS-Opfer, Quartier Hornbach 13 b, 67433 Neustadt an der Weinstraße), schriftliche Zeugenaussage von Ludwig Manderschied vom 22.1.1947.

⁸³ Willy Wessel wurde am 26.2.1896 in Bremen geboren. Später wohnte er in Neustadt an der Haardt, dann in Lindenberg. Er war von Beruf Buchdrucker, gewerkschaftlich engagiert als Betriebsratsvorsitzender und Mitglied der KPD. Vermutlich am 15. März 1933 wurde er in das Schutzhaftlager in Neustadt eingewiesen. Von dort wurde er am 12.4.1933 in eine andere Haftanstalt überstellt. Auch nach 1945 blieb er weiterhin als Gewerkschafter aktiv. Er verstarb am 29.1.1989. Vgl. Becker/Haller, Wandler zwischen den Welten (wie Anm. 12), 137.

⁸⁴ Ebd.

Wie sicher sich inzwischen das Regime selbst fühlte, geht aus einem Schreiben der Kreisleitung der NSDAP Neustadt vom 11. November 1935 an Oberbürgermeister Dr. Werner Lederle hervor. Darin zeigte sich diese ausschließlich darüber besorgt, dass „die Übernahme des Naturfreundehauses in Heidenbrunnental auf die NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) nicht in Betracht kommt, da die Stadtverwaltung Neustadt sich zur Herrichtung der notwendigen Anschlüsse außer Stande sieht“.⁸⁵ Trotzdem blieb der ehemalige politische Gegner weiter unter Beobachtung. So wurde zum Beispiel der Neustadter Kommunist Friedrich Karl zwar im Januar 1938 zum Westwallbau herangezogen, aber zugleich der Festungs-Pionierstab 11 durch die Neustadter Polizei aufgefordert, Karl weiter zu überwachen.⁸⁶ Zum gleichen Zeitpunkt konnte die Gestapo in Neustadt immer noch vier illegale kommunistische Schriften als Belegexemplare nach Berlin verschicken und die Inhaftierung von zwei Personen wegen kommunistischer Mundpropaganda mitteilen.⁸⁷

Offensichtlich war die Pfalz inzwischen aus politischer Sicht zur Etappe geworden. So finden sich zum Beispiel bis 1940 keine Hinweise auf politische Vorgänge in Neustadt in den Deutschland-Berichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade). Ein weiteres Indiz hierfür ist auch die Biographie des Neustadter Kommunisten Karl Schwehla. Als aktives Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs trat er nach dem deutschen Einmarsch 1938 die Flucht ins Reich nach Neustadt an, da der hiesige Raum von der KPÖ als geeignet zum „Abtauchen“ eingeschätzt wurde.⁸⁸ Kurz darauf durfte Gustav Weil endlich nach Buffalo in den Vereinigten Staaten von Amerika auswandern – die Befreiung von Neustadt am 21. März 1945 durch die Soldaten seiner neuen Heimat erlebte er nicht mehr.⁸⁹

Wie die ‚Volksgemeinschaft‘ selbst nach zwölf Jahren für die vormals politisch aktive Arbeiterbewegung aussah, zeigt sich an dem Beispiel von Emilie Karl. Noch im Oktober 1944 wurde die bekannte Kommunistin von Gestapo-Beamten unter dem Vorwurf des Waffenschmuggels in ihrer Wohnung aufgesucht. Eingeleitet mit dem Vorwurf: „Sie waren doch Mitglied in der Kommunistischen Partei“ wurde ihr zunächst mit der Todesstrafe gedroht, aber nach kurzer Verbringung bei der Gestapo wurde sie frei gelassen. Die Duldung ehemaliger Aktivisten der Arbeiterbewegung in der ‚Volksgemeinschaft‘ erfolgte selbst zum Zeitpunkt des Regimezusammenbruchs nur unter

⁸⁵ StALu, SLu 48 (Neustadt).

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ StALu, Y4/ Bestand KPD Neustadt. Gesprächsprotokoll mit Familie Schwehla am 31.7.1996.

⁸⁹ Vgl. Wunder, Die Sozialdemokratie in Neustadt (wie Anm. 12), 60.

Vorbehalt und Misstrauen, der noch immer in Repressionen und Terror umschlagen konnte.⁹⁰

III. Fazit

Die Nationalsozialisten boten nach dem 30. Januar 1933 in Neustadt auch der Arbeiterschaft eine Teilhabe am neuen Staat an. Die Absicht der NSDAP war unverkennbar: Die sich selbst so bezeichnende Arbeiterpartei ohne größere Verwurzelung in der Arbeiterbewegung beabsichtigte mit der Gewinnung von vormals organisierten und klassenbewussten Arbeitern ein Mehr an Glaubwürdigkeit zu erreichen.⁹¹ Im Gegensatz zur liberalen, nationalliberalen und katholischen Opposition, die für eine Teilhabe zwar auf ihr humanistisches Weltbild verzichten musste, aber selbstständige Kulturbereiche – zum Teil bis hinein ins Vereinsleben – bewahren konnte, sollte die Arbeiterbewegung zu einer vollständigen Selbstaufgabe gezwungen werden. Gefordert wurde eine Revision des eigenen Selbstverständnisses als Klasse, des darauf basierenden Kultur- und Freizeitverständnisses und der sich seit 1848 entwickelnden selbstbestimmten Lebensweise von der Wiege bis zur Bahre – beschränkt nur durch das jeweils gesellschaftlich Mögliche insbesondere im Kaiserreich und fast schrankenlos in der wesentlich liberaleren Weimarer Republik.

Ein eigenes Volksgemeinschaftsmodell, hatte zumindest die kommunistische Arbeiterbewegung vor 1933 nicht – man schwankte lediglich zwischen der Diktatur des Proletariats und sozialdemokratischen Traditionen wie dem Wunsch an der

⁹⁰ StALu, Y4/ Bestand KPD Neustadt. Interview von Karl Fücks mit Emilie Karl 2/2 1985, Min. 17-25, hier 23.

⁹¹ Michael Schneider zufolge kann die NSDAP in Bezug auf ihr Selbstverständnis wie in Bezug auf die reale Verankerung in der Arbeiterschaft nicht als Arbeiterpartei bezeichnet werden. Sowohl in der Mitgliedschaft wie in der Wählerschaft blieb die NSDAP mit circa einem Drittel Rekrutierung aus der Arbeiterschaft unterrepräsentiert. Vgl. *Michael Schneider*, Unterm Hakenkreuz (wie Anm. 9), 166. In der neueren Wahlforschung zum NS stellte Jürgen Falter auf beachtenswerte Weise lange an Deutungshoheit besitzende Theorien zum Wählerverhalten in Frage. Diese klassifizierten die NSDAP als eine reine Mittelstandspartei. Falter kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem in protestantisch und eher ländlich geprägten Regionen ‚Arbeiter‘ (bzw. Landarbeiter) anfälliger gegenüber der NSDAP waren. Arbeitslose Arbeiter wiederum wählten vermehrt die KPD und die organisierte Industriearbeiterschaft wählte mehrheitlich ebenfalls nicht NSDAP. Vgl. *Jürgen Falter*, Arbeiter haben erheblich häufiger, Angestellte dagegen sehr viel seltener NSDAP gewählt als wir lange Zeit angenommen haben. Ein Rückblick auf das Projekt ‚Die Wähler der NSDAP‘, in: GG 16, 1990, 536-552 und vgl. *Jürgen Falter*, Hitlers Wähler. München 1991. Es ist aber zu differenzieren: *Peter Borowsky*, Wer wählte Hitler und warum? Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse 1928 bis 1933, in: *Rainer Hering/Rainer Nicolaysen* (Hrsg.), Peter Borowsky. Schlaglichter historischer Forschung. Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hamburg 2005, 235-253, hier 242. Es lässt sich keine Integration in das politisch-sozio-kulturelle Arbeitermilieu ablesen und entsprechend dem Wahlverhalten differenzieren. Peter Borowsky zufolge lassen sich Falters Ergebnisse als Bestätigung der Theorie des ‚politischen Konfessionalismus‘ von Walter Dean Burnham lesen. Diese besagt, dass das katholische und sozialistische Milieu ihren Anhängern jeweils ein umfassendes Weltbild zur Verfügung gestellt hat, das in der Praxis durch die organisatorische Unterfütterung einer spezifischen Subkultur soziale Geltung verliehen bekommen hätte. Vgl. Ebd., 238 und 249.

demokratischen Teilhabe bei Ausbau der eigenen Sonderrolle gerade im Bildungs-, Wohlfahrts-, Kultur- und Freizeitbereich.⁹²

In der Sozialdemokratie der Weimarer Republik nahmen die Bezüge auf ‚Volksgemeinschaft‘ in der Selbstdarstellung und Agitation zu. Dies war Teil des Prozesses ihrer Verabschiedung von einer ‚reinen Arbeiterpartei‘. Begriffe und Inhalte wurden deshalb oftmals „mit dem Zuckerguss der Volksgemeinschaft überzogen“.⁹³ Die SPD verstand diesen Begriff jedoch völlig anders als die NS-Bewegung: „Gewiss meinten Sozialdemokraten mit ‚Volksgemeinschaft‘ nicht die Inklusions- und Exklusionsgemeinschaft der nationalen und nationalsozialistischen Rechten, genauso wenig eine völkisch intonierte imperiale Aggressionsvereinigung, die historisch und mental Grundbestandteil herrschender Volksgemeinschaftsagitation waren, wenn sie diesen Begriff benutzten“.⁹⁴

Die Nationalsozialisten forderten also nicht weniger als einen nahezu vollständigen Identitätsverzicht⁹⁵ einer vom eigenen Gestaltungswillen geprägten Gesellschaftsgruppe – wobei durch den Fortbestand der Klassengesellschaft die nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘ für die nach Klassenlosigkeit strebende Arbeiterbewegung größtenteils kein Angebot sein konnte. Eine Integration in die ‚Volksgemeinschaft‘ erforderte nämlich, dass das „immunisierende Weltbild“ (Walter Dean Burnham) in der KPD (trotz Annäherungen an einen Nationalismus)⁹⁶ und in der SPD (trotz Annäherungen

⁹² Klaus-Michael Mallmann beschreibt die Weimarer Kommunisten als „Revolutionäre im Wartezustand“, die zwar eine andere Gesellschaft anstrebten, jedoch gleichzeitig „alle Partizipationschancen der Gegenwart“ nutzten und in dieser Hinsicht „Sozialdemokraten wider Willen“ geblieben sind. *Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik* (wie Anm. 16), 381.

⁹³ *Peter Schyga, Über die Volksgemeinschaft der Deutschen. Begriff und historische Wirklichkeit jenseits historiografischer Gegenwartsmoden. Baden-Baden 2015, 52.*

⁹⁴ Ebd., S. 53 f. und vgl. *Detlef Schmiechen-Ackermann, ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos der NS-Propaganda, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘ - Einführung, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), ‚Volksgemeinschaft‘ (wie Anm. 2), 42.*

⁹⁵ Peter Schyga sieht in der Aufwertung der Arbeit durch den Nationalsozialismus Anknüpfungspunkte an ein zentrales, identitätsstiftendes Element der Arbeiterbewegung. Die mythische und symbolische Überfrachtung der eigentlich sinnentleerten Arbeit sollten schließlich dazu beitragen, die „Suggestion eines Volkes in Gemeinschaft jenseits faktischer Klassengegensätze in all ihren Ausprägungen zu schaffen“ *Schyga, Über die Volksgemeinschaft der Deutschen* (wie Anm. 93), 125. Die ‚Volksgemeinschaft‘ als vermeintliche Form der Überwindung der Klassengesellschaft konnte somit potentiell an Bewusstseinsstrukturen der Arbeiterschaft anknüpfen. Ebenso gilt dies für die Vorhandenheit eines ‚Arbeiterautoritarismus‘ wie er von Erich Fromm und auch anderen Vertretern der Kritischen Theorie diagnostiziert wurde. Vgl. *Erich Fromm, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Stuttgart 1980 [1929]* und vgl. *Max Horkheimer* (Hrsg.), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, in: Schriften des Instituts für Sozialforschung. Lüneburg 1987 [1936]* und vgl. *Mai, Warum standen die Arbeiter zu Hitler?* (wie Anm. 4) und vgl. *Schneider, In der Kriegsgesellschaft* (wie Anm. 4), 885.

⁹⁶ Es lassen sich grob drei Phasen feststellen, in denen die KPD auch nationalistisch agitierte: Erstens das Wirken der nationalbolschewistischen Fraktion um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim in der frühen KPD, die fast vollständig in die Abspaltung der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) 1920 überging. Zweitens wäre der von der Komintern vorgegebene ‚Schlageter-Kurs‘ im Jahre 1923 zu nennen,

an Konzepte von ‚Volksgemeinschaft‘) wesentlich gebrochen werden musste. Kommunisten und Sozialdemokraten blieben tendenziell resistent. Dies begründete sich über ihre objektive Klassenlage wie auch über ihre anerzogenen Werte, zu denen Antimilitarismus, Internationalismus und eine Ablehnung jedweder faschistischen Ideologie gehörten. Je stärker zuvor die Integration in das Arbeitermilieu gewesen war, desto geringer war nach 1933 die Bereitschaft zum Übergang in die nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘.⁹⁷ Die Funktionäre der Arbeiterbewegung sowie Teile der Arbeiterklasse mussten somit mit Terror und Gewalt ausgegrenzt bzw. nach der Zerschlagung und Regimeetablierung zum passiven Ausharren gezwungen werden. Die große Mehrheit des ehemaligen Funktionskörpers der Neustadter Arbeiterbewegung war für das Konzept der nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘ also nicht zugänglich und versuchte deshalb noch bis 1935 eine Organisationsaufrechterhaltung in der Illegalität. Zudem hatte man schon einmal Erfahrungen mit einem nahezu vollständigen Organisationsverbot gemacht, weshalb das erneute zunächst ebenfalls als temporär und wie im Kaiserreich als nicht nachhaltig eingeschätzt wurde. Ab 1935 zog man sich lokal wie auf der Reichsebene zwar in die Passivität zurück, blieb aber mit den politischen Weggefährten in Kontakt und hoffte weiter zuversichtlich auf die baldige Befreiung von außen. In dieser Hinsicht entspricht das organisierte Neustadter Arbeitermilieu der Gesamttendenz der deutschen Arbeiterbewegung.⁹⁸ Neustadt stellt allerdings – wohl aufgrund der relativen Schwäche der Arbeiterbewegung – das Beispiel einer relativ geschlossenen Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus dar; dort wo Sozialdemokraten oder Kommunisten sich stärker organisieren konnten, wie z. B. in Ludwigshafen, fehlte diese 1933 vollständig. Wie dargelegt, erfolgte eine Integration in die nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘ bis 1945 nicht – allerdings verlor durch zwölf Jahre Terror die Arbeiterbewegung auch im eigenen Milieu die Möglichkeit der Einflussnahme insbesondere auf eine ganze Generation junger Menschen, was nach 1945 nicht mehr ausgeglichen werden konnte. So reflektierte Arno Klönne 1985 im Rückblick auf die

der eine Zusammenarbeit mit rechtsnationalen Kreisen während des Kampfes gegen die französische Besatzung im Ruhrgebiet vorgab; drittens verschiedenste Akte der auch der sprachlichen Annäherung an den Führerkult der NSDAP in den Jahren 1930 bis 1933. Vgl. *Claus-Martin Wolfschlag* (Hrsg.), *Nationalbolschewismus in der KPD? Mit Texten von Karl Radek, Hermann Remmele, Ernst Schneller u. a.* Hanau 2014. Eine wirkliche Adressierung der Wählerschaft mit dem Konzept der ‚Volksgemeinschaft‘ fand jedoch nicht statt. Vgl. *Schmiechen-Ackermann*, ‚Volksgemeinschaft‘ (wie Anm. 92), 42.

⁹⁷ Siehe hierzu die Forschungsergebnisse von Klaus J. Becker zur pfälzischen Arbeiterbewegung. Vgl. mit Fußnote 12. Exemplarisch kann dies am Beispiel der Protagonisten des Arbeitersports fest gemacht werden. Vgl. *Klaus J. Becker*, *Arbeitersport in der Agglomeration Ludwigshafen*, in: ...schneller, höher, stärker, weiter? Sport in der Pfalz seit dem 19. Jahrhundert. Referate der wissenschaftlichen Tagung vom 18. Oktober und 19. Oktober 2013 in Edenkoben, Kaiserslautern 2015, 71-86.

⁹⁸ Vgl. *Abendroth*, *Historische Funktion und Umfang des Widerstandes* (wie Anm. 11), 109.

Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland: „Sehr viel nachhaltiger, als zunächst angenommen, hatte die Zeit des Faschismus die Überlieferungen der Arbeiterbewegung zerstört, das Arbeitermilieu und Arbeiterbewusstsein gewandelt, die Klassenerfahrungen überfremdet“.⁹⁹

⁹⁹ Arno Klönne, Einer, der sagte, was andere nicht sagen wollten oder konnten, in: *Friedrich-Martin Balzer/ Hans Manfred Bock/ Uli Schöler* (Hrsg.), Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Biobibliographische Beiträge. Wiesbaden 2001, 173–177, hier 177.